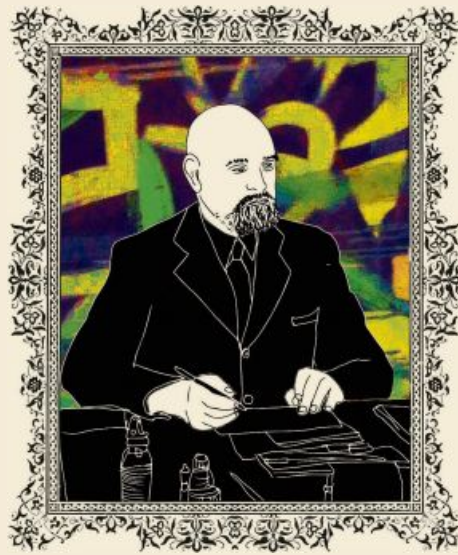


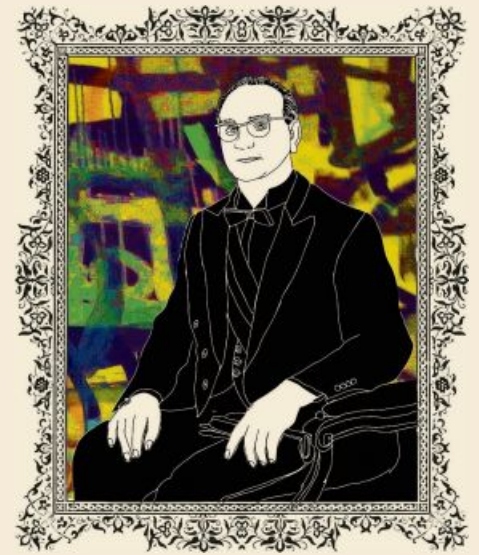
Karl Renner (SPÖ),  
1945 bis 1950.



Theodor Körner (SPÖ),  
1951 bis 1957.



Adolf Schärf (SPÖ),  
1957 bis 1965.



Franz Jonas (SPÖ),  
1965 bis 1974.

## Präfaschistisches Kasperltheater

Der Volkswahl ist es zu verdanken, dass dem Amt in der Hofburg illusionäre Gestaltungsmöglichkeiten zugewiesen werden. Aber wer würde einen bloßen Grüßaugust wählen wollen? Über eine Wahlauseinandersetzung, in der Themenverfehlung Programm ist.

HANS RAUSCHER

### Das „Elefantengedächtnis“ der Öffentlichkeit



Zum Freispruch von Walter Meischberger schreibt Leser Peter N.: „Der Rechtsstaat hat richtig gehandelt, die

anderen Institutionen unserer Demokratie, Parlament und Regierung, aber auch die Medien, haben versagt. Als Staatsbürger erwarte ich mir, dass so eine Person vom Elefantengedächtnis der Öffentlichkeit registriert wird und, wenn sie im Kreis der Macht, konkret des Finanzministers auftaucht, dass beide und deren Freundeskreis journalistisch investigativ verfolgt werden. Grasser hätte sich aufgrund seines auffälligen Verhaltens von Anfang an als Ziel für einen investigativen Journalisten angeboten. Phänomene wie der seinerzeitige Club 45 sind, unabhängig von der ideologischen Färbung, omnipräsent in unserer Gesellschaft. Sie gehören, bevor die handelnden Personen straffällig werden können, transparent gemacht. Hier bedarf es eines Zusammenspiels von investigativen Medien und parlamentarischer Opposition.“

Und einer entsprechenden Reaktion des Wählers darf man hinzufügen. Meischberger & Co sind Chiffren für das Einsickern eines Freundeskreises, der mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ 2000–2006 in die unmittelbare Nähe der Macht kam. „Da haben wir viele Geschäfte gemacht“, sagte Meischberger im Prozess selbst.

Die ruinösen Interventionen von Jörg Haider als Landeshauptmann bei der Hypo Alpe Adria wurden jetzt im Hypo-Untersuchungsausschuss vom ehemaligen Staatsanwalt Georg Krakow, der eine Zeit „Aufräumer“ bei der Hypo war, bestätigt.

All das hat die Wähler aber

nur mäßig beeindruckt. Sie wählen nach einer gewissen Schreckpause wieder massiv FPÖ und bringen sie so in die Nähe einer Kanzlermehrheit. Dass jetzt andere am Ruder sind als Haider und Meischberger, ist nur für den ein Argument, der die gleichbleibende Grundstruktur autoritärer, rechtspopulistischer Phänomene nicht erkennen kann oder will.

Am Sonntag wird auch der Präsidentschaftskandidat der FPÖ ein sehr beachtliches oder gar ein sensationelles Ergebnis einfahren. Im Bewusstsein dessen ließ er sich in der „Elefantenrunde“ zu einer Äußerung hinreißen, die nur als Drohung verstanden werden kann: „Sie werden sich noch wundern, was einem Bundespräsidenten alles möglich ist“. Hier schimmert unter der bubenhaften Freundlichkeit die eiskalte Entschlossenheit durch, diesen Staat im Sinne eines autoritären, völkischen Systems umzubauen. Beweise? Die gesammelten Äußerungen der FPÖ-Führungen der letzten dreißig Jahre.

Die Autoritären kündigen immer an, was sie wollen. Nur ihre Wähler sind dann immer ganz überrascht von dem, was offensichtlich war.

Lieber Leser Peter N., die investigativen Medien (und die analytischen Kommentatoren) sind fast immer dem strengen Geruch der verschiedenen Freundeskreise vom Club 45 über Haider's Buberlpartie bis zur Grassertruppe intensiv nachgegangen. Oft von Anfang an, als ein Haider oder Grasser noch bewunderte Talente waren. Vor allem aber: Die Öffentlichkeit hat offensichtlich zu einem großen Teil kein „Elefantengedächtnis“ und wählt, kaum sind ein paar Jahre vergangen, dieselbe Partie wieder, weil sie deren „Leistungen“ verdrängt bzw. deren autoritär-nationalistische Linie mehr schätzt.

[hans.rauscher@derStandard.at](mailto:hans.rauscher@derStandard.at)

Christian Fleck

Am Ende der ersten Runde des Wahlkampfes um das Bundespräsidentenamt können einem Zweifel kommen, ob die politische Klasse noch ernst genommen werden will. Und: Gäbe es für Wahlberechtigte eine Art Zentralmatura in Politischer Bildung, wäre wohl mit einer besorgniserregend großen Zahl von Sitzenbleibern zu rechnen.

Man stelle sich vor:

■ Ein Kandidat für die Burgtheaterdirektion verkündet, er wolle auf der Bühne eine Tauschbibliothek einrichten, weil so viel mehr gute Ideen unter die Leute gebracht würden.

■ Ein Bewerber um den Posten des Trainers der Nationalmannschaft motiviert seine Kandidatur damit, dass er sich im Erfolgsfall den Eintritt für die VIP-Lounge spare.

■ Eine im ganzen Land bekannte Universitätsprofessorin verkündet in einem Interview, sie würde im Fall der Wahl durch das Nobelpreiskomitee die Hälfte des Preisgeldes mutigen Jungforschern schenken.

■ Ein Bewerber für die Hofburg verteilt im Wahlkampf Visitenkarten mit dem Titel des angestrebten Amtes unter seinem Namen.

Kunstsinne, Sportfreunde, Wissenschaftsbeobachter und Rechtskundige hätten kein Problem, solche manifesten Nachteile fehlender Eignung bzw. Amtsmaßnahme zu erkennen. Für längere Zeit zählten die Bloßgestellten wohl nicht mehr zum Kreis der Ernstzunehmenden.

Warum gilt Ähnliches nicht für fünf der sechs Kandidaten, die morgen zur Wahl stehen? Warum können sie, ohne mit höhnischem Gelächter belohnt zu werden, ihre Allmachtsfantasien zum Besten geben und darüber schwadronieren, wie sie mit einem Streich alle

Probleme dieser Zeit erledigen würden? Ja, warum nur?

Der Volkswahl des HBP (übrigens: Die Bundesverfassung ist alles andere als geschlechtergerecht formuliert, doch warum wurde das noch nicht thematisiert?) ist es zu verdanken, dass während des Wahlkampfes dem Amt illusionäre Gestaltungsmöglichkeiten zugewiesen werden. Würden die Kandidatin und die Kandidaten sich und dem Wahlvolk allerdings eingestehen, dass der oder die Amtsinhaber in der Tat nicht mehr ist als, despektierlich formuliert, der oberste Grüßaugust der Nation, der auch noch Staatsnotar ist, wäre allerdings nur noch schwer vermittelbar, warum es überhaupt eine Wahl geben muss.

In Artikel 65 Absatz 1 des Bundesverfassungsgesetzes sind die Begrüßungsaufgaben nachlesbar: „vertritt nach außen, empfängt ...“. Im folgenden Absatz werden jene Befugnisse im Detail genannt, die auch HBP Nummer zwölf einen nur sehr bescheidenen Einfluss auf das Gemeinwesen gewähren: Beamtenernennungen, Schaffung und Verleihung von Berufstiteln, Begnadigungen und Milderung von Strafen und – man glaubt es nicht: „die Erklärung unehelicher Kinder zu ehelichen auf Ansuchen der Eltern“.

Für diese Art Tätigkeit braucht man weder ein Wahlprogramm noch besondere „Erfahrung“.

Befeuert von den Begleitern aus der quasselnden Klasse, verbreiteten sich die Bewerber wortreich über das Recht zur „Entlassung des Bundeskanzlers oder der gesamten Bundesregierung“. Dieses bislang nie benutzte Recht ist realpolitisch ebenso leer wie HBP's Oberbefehl über das Bundesheer.

Die Pseudomacht des Bundespräsidenten stammt aus der präfaschistischen Verfassungsänderung 1929, als die Christlichsozia-

len Oberwasser verspürten und dem Geist der Zeit entsprechend Diktatorfantasien ein Stück weit Verfassungstext werden ließen. Damals und bei der Wiedererrichtung der Republik 1945 gab die andere Seite nach. Deswegen haben wir wieder einmal eine Wahlauseinandersetzung, in der Themenverfehlung auf dem Programm steht.

Andererseits: Ohne Volkswahl hätten sich die Regierungsparteien wohl auf einen Nachfolger für Heinz Fischer geeinigt, und dem Land wäre das Schauspiel des Verfalls der Macht von SPÖ und ÖVP auf offener Bühne entgangen.

Zur politischen Bildung trägt ein Persönlichkeitswahlkampf nicht bei. Der gehypte Diskurs um Einzelne vertieft bloß die selbstverschuldete Unmündigkeit des Wahlvolkes. Politik ist und bleibt der Kampf um die Durchsetzung kollektiver Interessen, die in Parteien gebündelt werden, wobei der Kompromiss die entscheidende Spielregel ist. Weil schon Parteien selbst Interessenskonglomerate sind, wird auch in ihnen um die Linie gerungen. Die Grundkonstellation rivalisierender Interessen führt selten zu ästhetisch befriedigenden Darstellungen, wie im Sport gilt auch hier: Letztlich zählt nur das Ergebnis. In der Welt der Interessendurchsetzung via Kompromiss ist ein Einzelner machtlos, auch ein HBP. Da seine Macht auch künftig nur eine papierenere sein wird, werden wir uns nicht einmal wundern müssen.

Statt der politischen Aufklärung gaben sich die politische wie die quasselnde Klasse in den letzten Wochen einem Kasperltheater hin, das ab Montag in die zweite Runde geht, wo nur noch zwei um Kasperl's Gunst streiten werden: Wer die Gretl und wer den Sepp gibt und wer Ende Mai Sieger sein wird, wäre herzlich wurscht, lebten wir nicht in einer Welt symbolischer statt Realpolitik.

CHRISTIAN FLECK ist Soziologe an der Universität Graz.



Christian Fleck:  
zelebrierte  
realpolitische  
Leere.

Foto: Furgler

## LESERSTIMMEN

### Sinn und Meinung

Betrifft: Wahlkampf

Die Präsidentschaftswahl gleicht einem inszenierten Medienspektakel, in dem Parteiangehörige – natürlich unabhängig – eine Hauptrolle spielen. Sinngehalt oder Meinungssturz?

Wofür all die Werbung? Sollte nicht letztlich der Kandidat gewinnen, der sich schon jahrelang in diese Richtung orientiert, und nicht der, welcher den schönsten Film, die professionellsten Plakate und die amüsantesten Fernsehauftritte in die Wege leitet? Es fehlt nur mehr „ÖSSP“ – Österreich

sucht seinen neuen Präsidenten – da sind wir nur knapp davor.

Melina Weger  
1160 Wien

### Banane und Kronprinz-Apfel

Betrifft: „Ersatzhandlungen mit Ersatzleuten“ von Florian Scheuba  
DER STANDARD, 21. 4. 2016

Man geht ins Kabarett, um sich zu amüsieren, deshalb geht man nicht zu Herrn Scheuba. Außer man sieht ihn eingebettet in eine Formation von „Hektikern“ oder „Staatskünstlern“, die das übertüncht, was Herr Scheuba für sein Berufstalent hält. Ähnliches gilt für seine Kolumne, eine talentfreie Zone.

Wer immer ihm im STANDARD die Kolumne eingeräumt hat, müsste angesichts von wahren Kolumnenkünstlern wie Traxler und Rauscher schon seit langem die Hände vor das Gesicht halten, um nicht sehen zu müssen, was er damit angestellt hat. Von den gefallenen Kronprinz-Äpfeln daher einen Gruß hoch hinauf in jenen Baum, wo die Spezies Scheuba von oben herabschaut und Bananen isst.

Peter Kirchwegger,  
Pressesprecher LH Pröll  
Klaus Schneeberger,  
ÖVP-NÖ-Klubobmann  
Gerhard Karner,  
Zweiter Präsident des Nö. Landtags